

Freiburg i.Br., 18. Juni 2012

Gemeinsame Medienmitteilung von:

BUND Landesverband Baden-Württemberg e.V., BUND RV Südlicher Oberrhein e.V., ECOtrinoa e.V., Eine Welt Forum Freiburg e.V., Freiburger Kantstiftung, FreiTaler Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V., Greenpeace Freiburg, Initiativgruppe Gemeinwohl-Ökonomie Freiburg, Innovation Academy e.V., IPPNW-Regionalgruppe Freiburg, Projekt Lebensdorf, Slow Food Freiburg, Transition Town Freiburg

Erklärung an Bundeskanzlerin Merkel, Ministerpräsident Kretschmann und den Freiburger Oberbürgermeister Salomon überreicht:

„Freiburger Erklärung zum UN-Erdgipfel „Rio + 20“: Global denken - lokal handeln! Die Zukunft, die WIR wollen“

Verbände, Vereine und zahlreiche weitere Unterzeichner fordern u.a. starke Nachhaltigkeit, Erhalt der Lebensgrundlagen, gemeinwohlorientiertes naturverträgliches Wirtschaften und Umsetzen der Problemlösungen „von unten“

Für die jetzigen als auch folgenden Generationen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahren, das sind zentrale Forderungen der „Freiburger Erklärung: Global denken - lokal handeln! Nachhaltig vor *Ort und überall - die Zukunft, die WIR wollen*“ an die kommende UN-Weltkonferenz über nachhaltige Entwicklung UNCSD „Rio+20“ vom 20. bis 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro. Die Erklärung ist von 13 in Freiburg i.Br. und Stuttgart ansässigen Organisationen mit über 80.000 Mitgliedern und zahlreichen Mitgliedsvereinen in Baden-Württemberg erstunterzeichnet sowie von weiteren Vereinen und über 750 engagierten Einzelpersonen vor allem aus dem Breisgau mit unterzeichnet. Sie erging heute an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Stuttgart, und den Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon und überreicht diesen und der Öffentlichkeit zentrale Erfahrungen sowie dringliche Vorschläge „von unten“ für Rio+20 im Hinblick auf die mangelhafte Umsetzung der Beschlüsse des UN-Erdgipfels von Rio 1992 und den weiterhin unakzeptablen Zustand der Welt.

Die Menschenrechte und damit auch der gerechte Zugang aller Menschen zu ihren Lebensgrundlagen, die erforderliche strenge Auslegung der „Nachhaltigkeit“ sowie der begrenzte „Umweltraum“ der Erde sind die Grundlage der Forderungen der Erklärung. Die Unterzeichner verlangen insbesondere die Energiewende weg von fossiler und Atomenergie hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, hin zu hoher Effizienz und Genügsamkeit sowie zu dezentralen, demokratischen Energiestrukturen. Risiko- und Herrschaftstechnologien wie Atomwaffen, Atomenergienutzung und Agrogentechnik sollen geächtet werden. Landwirtschaft und Gartenbau müssten vorrangig und in globaler Verantwortung der Ernährung dienen, dies mit konzernunabhängiger Saatguttradition.

Dem von ihnen bei „Rio+20“ befürchteten „Greenwashing“ von nicht nachhaltigen Technologien und Verfahren setzten sie mit der „Freiburger Erklärung“ entgegen, dass die Wirtschaft ihre Gemeinwohlorientierung dadurch erweisen müsse, dass sie naturverträglich wird. Sie müsse sich zudem in den Dienst aller Menschen und ihrer dem Frieden dienenden Zusammenarbeit stellen. Rechtsstaatliche Standards wie Verursacherhaftung und das Vorsorgeprinzip müssten weltweit durchgesetzt werden.

Der UN-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 habe laut Erklärung trotz der dort beschlossenen Konventionen zum Klimaschutz und zur Artenvielfalt sowie mit dem weltweitem Aktionsprogramm Agenda 21 bis heute nicht die erhofften weit reichenden positiven Wirkungen entfaltet. Im Gegenteil: Die Beschlüsse seien von mehreren Staaten nicht ratifiziert oder unterlaufen und von der 1994 gegründeten Welthandelsorganisation WTO faktisch entwertet worden. Unter anderem Hunger und Armut, Überfluss und Verschwendung, die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und die Gefährdung der Biosphäre insgesamt stünden weiterhin unakzeptabel für den Zustand der Welt.

Positiv entwickelt hätten sich dagegen in sehr vielen Städten und Dörfern konkrete Einsichten und Aktivitäten, die „von unten“ dezentral und vernetzt zu Problemlösungen beitragen. Leitgedanken der Menschen und Kommunen hierbei seien „Eine Welt für globale Verantwortung und Gerechtigkeit“ und das Motto „Global denken – lokal handeln“.

Die Unterzeichner sehen sich vielfach nicht ausreichend vertreten durch offizielle Repräsentanten bei den Vereinten Nationen, in internationalen Konferenzen und von demokratisch mangelhaft legitimierten Organisationen wie der WTO. Sie schlagen daher vor, eine transnationale Demokratisierung voranzubringen, die in einem regional verankerten Rat der Vereinten Zivilgesellschaften (Council of United Civilians) gipfeln solle.

Initiatoren der Freiburger Erklärung sind in Freiburg i.Br. und Stuttgart ansässige Organisationen der Bürgerschaft: BUND Landesverband Baden-Württemberg e.V., BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein e.V., ECOtrinoa e.V., Eine Welt Forum Freiburg e.V., Freiburger Kantstiftung, FreiTaler Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V., Greenpeace Freiburg, Initiativgruppe Gemeinwohl-Ökonomie Freiburg, Innovation Academy e.V., IPPNW-Regionalgruppe Freiburg, Projekt Lebensdorf, Slow Food Freiburg, Transition Town Freiburg, unterstützt von AWC Deutschland e.V. (Deutscher Zweig der Association of World Citizens), Brasilieninitiative Freiburg e.V., Freiburger Institut für Umweltchemie e.V., über 750 Einzelpersonen sowie vom Netzwerk 100 Prozent Erneuerbare-Energien-Regionen.

Der volle Wortlaut der Freiburger Erklärung ist zu ersehen u.a. auf der Startseite von www.ecotrinova.de oder unter <http://ecotrinova.de/downloads/2012/120213%20FreiburgerErklärungRio+20Endfass.pdf>

(Gesamt: 4742 Zeichen, Kurzfassung: 1. Absatz: 1123 Zeichen)

Herausgeber und Pressekontakt für die Initiatorengemeinschaft:

ECOtrinoa e.V., Dr. Georg Löser, Vorsitzender,
Post: Weiherweg 4 B, 79194 Gundelfingen, T. 0761-5950161 p, AB) , ecotrinova@web.de
und Freiburger Kantstiftung, Berthold Lange, 79294 Sölden, freiburger@kantstiftung.de